

heim und verbot den Sturmangriff auf die Arbeiter.
Hinter hat eine schwere Niederlage erlitten. Das ist wahr.
Aber wer sich einbilden sollte, daß damit die Folgebewertung in
Bauern überwinden sei, befindet sich in lächerlichem Irrtum. Die
Einheitsfront der Sozialisten in Bayern ist da, trotz des Kampfes
der großdeutschen Richtung mit den Separatisten. Aber die Ober-
hand behält, ist heute noch nicht abgemacht. Für das Proletariat
aber gilt das Wort von Herz:

Und es will mich nicht ablassen,
Daß der Rache wie der Mord,
Daß sie alle beide hängen.

Was das Maßstab in Händen noch einmal verbindet werden
sein. Es steht aber fest, und entspricht der ganzen Einstellung dieser
sozialistischen Parteien, daß für sie aufgehoben nicht aufgehoben ist,
daß für die Arbeiter die Großdeutschen wie die Separatisten die
gleiche Gefahr sind.

Der Aufmarsch der Münchener Proletariat am 1. Mai hat klar
und deutlich gezeigt, daß die Sozialistenbünde nicht hilflos aus-
geliefert sind, daß sie sehr wohl imstande sind, wenn sie einheitlich
und geschlossen, die Arbeiter der SPD, der KPD, und der Ge-
werkschaften Hand in Hand, sich zur Wehr zu stellen, daß sie dann
dem kommenden sozialistischen Ansturm nicht nur gewachsen, sondern
weit überlegen sind.

Die Abwehrorganisationen der Kommunisten allein sind zu
schwach. Das müßten wir unumwunden zugeben. Aber wir können
am 1. Mai festhalten, daß auch die Sicherheitsbestimmungen der
SPD, dem Ansturm der Reaktion allein nicht gewachsen sind.
Einigen ist heute, gerade in den Gebieten des Bauerntums, das
gemeinsame Selbstgefühl aller Klassenbewußten Arbeiter, dann
werden die Münchener und die bayerischen Arbeiter dem kommenden,
unermesslichen Kampf nicht nur gewachsen sein, sie werden
ihn siegreich beenden zum Wohl des bayerischen und zum Wohl des
deutschen Proletariats.

Inzwischen hat die bayerische Regierung auf Grund des Urteils
43 der Reichsoberverwaltungsstelle eine Verordnung erlassen, die praktisch
die Verbündeten des Ausnahmezustandes über Bayern be-
deutet. Die Verordnung wendet sich gegen alle Selbstschutzorgani-
sationen, falls sie sich in einer Weise betätigen, die der Ruhe und
Ordnung des Staates abträglich ist. Man erinnert sich der Aus-
führungen des Innenministers Schöner in den bayerischen Landtag
angelegenlich des sozialdemokratischen Antrags lärmliche Selbst-
schutzorganisationen zu verbieten. Er erklärte damals, die nation-
alpolitische Partei sei eine fortschreitende Organisation.

Inzwischen haben sich die Verbindungen in Bayern aufgelöst. Die
Spaltung der Vereinigten Vaterländischen Verbände und der
Kampfbünde nach einer sehr kurzen Periode gemeinsamer Tätig-
keit am 1. Mai beleuchtete bühnenartig die Situation. Die bayerische
Regierung, die sich einst in ihrer separatistischen Tendenz
mit dem Führer der bayerischen Volkspartei Heilmann, dem Bauern-
führer Heim, der Einmünderer Schöner, den Vaterländischen
Verbänden Abreis, nach sich ihre Politik nicht von Hitler durch-
setzen lassen. Sie braucht keinen Bürgerkrieg und sie braucht
keine großdeutsche Propaganda.

Ob die Notverordnung geschaffen worden ist, um ein Mittel
gegen die im Augenblick so unbenutzten Nationalsozialisten zu
haben, steht noch dahin. Der Rücktritt des Münchener Polizei-
präsidenten Kögler, der ein würdiger Nachfolger des Polizeipräsidenten
Ehmer war, läßt darauf schließen.

Eines hat jedenfalls fest, gleichwohl ob der Kampf um die Macht
zwischen den beiden sozialistischen Gruppen keine zur Unterbindung
der Großdeutschen durch die Separatisten ausreicht oder nicht; die
bayerische Regierung wird auf jeden Fall die Notverordnung gegen
die kommunistische Partei anwenden. Die Aufhebung der Redo-
verformungen und Pressefreiheit, die Einführung der Vorkensur,
die brennenden Straßen, die in der Notverordnung vorgesehen sind,
werden sich in kurzer Zeit die Möglichkeit geben, die kommunistische
Partei in Bayern zur Illegalität zu zwingen.
Das bayerische Proletariat, die bayerische kommunistische Partei,
werden darauf zu antworten wissen.

Der Laujaner Mord

Basel, 12. Mai.
Die Regierung der Schweiz teilt offiziell mit, daß Morowitz den
angebotenen Schutz abgelehnt hat. Demgegenüber spricht das Mit-
glied der russischen Delegation, der verwundete Ahrens, kein
Wort über die Darstellung der Laujaner Polizei aus, die
nichts von einem Komplott gewußt haben will, obwohl es seit
einigen Tagen offenes Geheimnis war.
Ahrens hat vom Bern insulischen den Ausweisungsbefehl aus
der Schweiz erhalten.

Die Antwort der Arbeiter auf das Attentat

Basel, 12. Mai.
Die Gewerkschaft der kommunistischen Partei der Schweiz erläßt
eine Erklärung an das arbeitende Volk und die revolutionären
Arbeiter, in welchem sie von dem in Laujanen erfolgten Mord
Kommunisten gibt. Weiter heißt es in dem Aufruf: Proletariat, der
gewalttätige Überfall hat nicht nur Sozialrußland, er ist das
Vorbild für die Einführung der sozialistischen Gesetzgebung auch in
der Schweiz. Arbeiter, Arbeiter, Arbeiter, setz dich auf die Straße, ohne
Ansehen der politischen Orientierung, auf zum einmütigen
Protest!
Die Geschlossenheit der sozialistischen Partei der Schweiz erläßt
eine Erklärung, worin das Attentat in Laujanen aus lärmliche
geurteilt und wegen der mangelhaften Sicherheitsbestimmungen in der
Kommunisten, wo bereits auch der Sozialismus nachgelassen werden
ist, protestiert wird. Wenn das russische Attentat für die in Rußland
lebenden Schweizer Arbeiter Folgen nach sich zieht, so liegt die
Schuld allein an den schweizerischen Behörden, die ihre Pflichten
vernachlässigt haben.

Geselle Cadin wieder im Parlament

Paris, 12. Mai.
Wie die „Humanité“ berichtet, erlitten Geselle Cadin am 8. Mai,
nach seiner Entlassung, zum erstenmal im Parlament und wurde
von der kommunistischen Parlamentariergruppe, und sogar von anderen
Deputierten der Linken, mit lärmlicher Ovation begrüßt.
Geselle Cadin-Gouratier reichte eine Interpellation gegen die
weitere Haltung der Gewerkschaften und der Partei an. „Was den Fall
Hölllein anbelangt, so vertritt er, so ist er gegen die Regierung
besonders orientiert. Er ist gegen die Regierung, die die
deutschen Bourgeoisie die größten Dienste. Warum lassen Sie
Hölllein, den kommunistischen Abgeordneten des Deutschen Reichstags,
nicht auf seinen Posten, in dem Kampf gegen die deutsche Bour-
geoisie, zurück? Auf was es zwischen Ihnen und der deutschen
Bourgeoisie keine Differenzen gibt.“

Geselle Hölllein im Hungerstreik

Die „Humanité“ teilt mit, daß der Reichstagsabgeordnete
Hölllein und der Kommunist Verr, die bekanntlich als einzige der
berühmtesten kommunistischen nicht aus dem Parteigebäude
entlassen wurden, gestern abends 8 Uhr in den Hungerstreik getreten
sind. Sie haben diesen Entschluß dem Gefängnisdirektor in einem
Briefe mitgeteilt, in dem sie gleichzeitig gegen ihre Gefangen-
haltung protestieren.

Die englisch-italienische Antwort

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 14. Mai.

Im Laufe des gestrigen Tages sind die Antworten der englischen
und italienischen Regierung in Berlin eingelaufen. Die englische
Regierung erklärt, daß die Vorschläge der deutschen Regierung große
Enttäuschung hervorgerufen hätten und daß sie nach Form
und Art weit davon entfernt seien, eine Distinktion zu er-
möglichen. Die Gesamtsumme sei völlig unannehmbar, die
Wörter der Garantie vollständig unklar. Der deutschen
Regierung wird empfohlen, ihre Vorschläge einmütig zu
machen und sie zu erweitern und zu präzisieren. Hinsichtlich
spricht sich die italienische Note aus, die im übrigen betont,
daß eine möglichst schnelle Liquidierung notwendig sei.

Durch die beiden Noten wird klar, daß auch England und Ita-
lien daran arbeiten, den positiven Widerstand an der Ruhr völlig zu
brechen. Die deutsche Bourgeoisie wird diesem Druck nachgeben
und auf dem Wege der Kapitulation weiter schreiten. Die Ar-
beiterchaft darf sich keinen Augenblick darüber täuschen und muß
den deutschen Kapitalisten (insoweit als auch der Entente-Konjunktur
mit hartem Widerstand entgegenzutreten.

Gegen die Treibereien der sozialdemo- kratischen Koalitionspolitiker

Der Landesverband Sachsen der KPD hat am 10. Mai zu der
verdrähten politischen Lage in einer erweiterten Sitzung Stellung
genommen.

Der Lage in Sachsen stellt der Landesverband fest, daß die
Sozialdemokratie die zur Bildung des Beigener-Kabinetts einge-
gangenen Verpflichtungen, besonders die Schaffung des ge-
meinsamen Selbstschutzes, nicht einhalten, sondern gerade das
Gegenteil tun. Die maßgebenden leitenden Funktionäre in
Leipzig, verantwortliche Funktionäre in Chemnitz und anderswo
fabrizieren offen diese übernommenen Verpflichtungen ergeben sich
in Angriff gegen die Siebener-Kommunisten, gegen den Beschluß des
Landespartei-Komitees in der Koalitionsfrage, gegen die ganze Sach-
politik und gegen die Regierung Beigener.

Keine Arbeiter-Regierung, sondern Große Koalition

Heilmanns Geständnis

Der Sinn der Landtagsaktion der SPD-Kämpfgruppe gegen
die Kommunisten ist die Große Koalition im Reich.
Am letzten Dienstag schloß Reichert Reichsrat, darunter
viele SPD-Arbeiter, die sozialdemokratische Landtagsaktion
wegen der Vergeßlichkeit der Kommunisten zur Rede.
Ein SPD-Arbeiter erklärte:

Es habe den Anschein, als ob die ganze Aktion gegen die kom-
munistischen Abgeordneten nur dazu dienen sollte, die große Masse
der Arbeiter von der Politik der SPD, abzuwenden.

Worauf Heilmann erklärte:
Ein politisches Motiv liege dem Vorfall nicht zugrunde. In
Preußen bestände die Große Koalition; im Reich werde sie des-
halb nicht kommen, da es eine Arbeiter-Regierung und an Zusammen-
arbeit mit den Kommunisten nicht zu denken sei.
Heilmann gibt also offen zu: daß die SPD-Führer eingeschlossen
sind, die Kapitulation vor Sinnes zu vollziehen.

Hunderttausend Demonstranten gegen die Landtagsaktion

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 14. Mai.

Am gestrigen Sonntag demonstrierten unter der Leitung der
kommunistischen Partei über 100 000 Arbeiter im „Anfangen“.
Der gestrige Aufmarsch übertraf bei weitem alles, was die Kom-
munistische Partei bisher auf die Beine gebracht hatte. Am
Sonntagabend hatte der sozialdemokratische Polizeipräsident Richter
nochmals versucht, durch eine offizielle Drohung gegen die
Hunderttausenden den Aufmarsch zu vereiteln. Es gelang ihm
natürlich nicht. Ein großes Aufgebot der Berliner Schutz-
polizei, zur Zeit Beitzens und die Reichswehr
war im Hinterhalt alarmiert. Es kam jedoch, dank
der Disziplin der Demonstranten, zu keinerlei Zusammenstößen. An
der Demonstration waren auch zahlreiche sozialdemokra-
tische Arbeiter beteiligt. Städtische Betriebe beteiligten sich
forporativ. Der politische Sinn der gestrigen Demonstration war
ein lautes volkstümliches Hall der proletarischen
Massen an die Arbeiter der bürgerlich-demokratischen sozial-
demokratischen Führer.

Berücksichtigung der Vorges-Ordnung des Landtags

(Eigener Bericht)

Berlin, 12. Mai.

Die Geschäftsordnungskommission des Preussischen Landtages hat
die Geschäftsordnung noch weiter verhängt. Der Herauswurf der
Kommunisten genügt nicht. Sie können wiederkommen. Und dann
sollen sie nicht reden dürfen. Darum wird die Dauer der Geschäfts-
ordnungsbemerkungen auf fünf Minuten beschränkt werden. Ein
Kommunist, der länger redet, wird gegen die brutalen Ver-
geltungen der Ministerieit durch Reichert und seine SPD-
Kämpfgruppe zu protestieren, wird unter Wiffen der Polizei-
körper prompt herausgeworfen.
Weiter soll die Ausschlussfrist von 15 auf 20 Tage verlängert
werden. Für die Ausschlussfrist sollen die Diäten und die Preisfahr-
tarife entzogen werden.

Gegen den SPD- die ständige Parlamentsmacht ab-
gelehnt, die durch Rundspruch des Polizeipräsidenten Kaufsch
gestützten Preisreiber der Abteilung la nach dem im Geschäfts-
ordnungsausschuss geäußerten Meinung der SPD, zuverlässigere
Hausnachricht als Polizeibeamte, die häufig im Landtag sich auf-
halten und darum kommunistisch infiziert werden können.
Bürgerlicher Polizeirevisor: das ist die letzte Zukunft
der bürgerlichen Demokratie.

Die Kommunisten sollen sich entschuldigen

(Eigener Bericht)

Berlin, 13. Mai.

Die dem kommunistischen Preussischen Landtag herausaus
angenehme Unannehmlichkeit der Götze der Abteilung la des Polizei-
präsidiums war auch gestern festzustellen. Es scheint sich die un-
abhängigen und sozialdemokratischen Abgeordneten, die anfänglich
für die Entwürfen spielten, mit dem unglücklich schmiedeten Zu-
stand der Polizeistaffeln abgeben zu haben. Oder sollte doch
der eine oder der andere von ihnen fühlen, was für eine jammer-
volle Rolle ihm zugemutet wird. Der Umstand, daß sich SPD-
Abgeordnete durch Mittelstimmern an unsere Fraktion gewandt
haben, läßt die zweite Vermutung zu. Aber die guten Deutschen,
die sich durch Heilmann und Konfalon haben in eine äußerst pein-
liche Situation hineinmanövriert, fallen, verraten auch jetzt wieder
die ununterstützte Macht und die Unfähigkeit. Ein solches unter-
brutales Geschäftsordnungs- und Verfallungsmaß mit
Polizeigewalt aus dem Sitzungssaal geschleift Abgeordneten
allen Ernstes durch ein Schreiben an den Landtagspräsidenten,

Die Siebenerkommision zeigt sich nicht in stande, die betroffenen
Berechtigungen durchzusetzen. Die bürgerlichen Zeitungen spre-
chen offen von Verhandlungen mit den rechten sozialdemokratischen
Führern. Der Landesverband fordert gegenüber diesem Treiben
der Koalitions-Sozialisten den Betriebsstreik, der die ge-
nügend breite Basis für eine Mobilisierung der Massen ist.

Die Antwort der sozialdemokratischen Arbeiter an die Lipinski und Bud

Der Bezirksparteitag der SPD in Juidau sprach nach einem
Bericht der linken SPD-Mannes Gruppe einmütig dem
Beigener-Kabinett und der Siebenerkommision kein Vertrauen für
die im Auftrag der bürgerlichen Parteien erfolglos geführte
Arbeit aus. Die Juidauer Parteigenossenschaft ist bereit, das
Beigener-Kabinett gegen alle Angriffe zu unterstützen und ist
bereit, im Juidauer Bezirk sofort mit der Bildung gemein-
samer Abwehrorganisationen zu beginnen.
Der Beschluß der Juidauer Sozialdemokratie ist ein Bekenntnis
zum gemeinsamen Kampf gegen die Reaktion und eine glatte
Abfage an die Koalitionspolitik der rechten SPD-Führer.

Der Kampf gegen die Arbeiterkraft. Bei einer jugendlichen
Straßendemonstration in Barcelona wurden zahlreiche Personen
verhaftet.

Die Einheitsfront der Transportarbeiter gegen Kriegsgeld und
Kriegslöhne. Am 23. Mai findet in Berlin eine Beratung der Inter-
nationalen Transportarbeiter-Föderation (Amiterdam) mit den
russischen Eisenbahnern, Seuleuten und Transportarbeiter, auf
der gemeinsame Kampfmaßnahmen gegen Kriegsgeld und
Kriegslöhne besprochen werden.

Diese Zusammenkunft kann zum Ausgangspunkt einer außer-
ordentlich wichtigen Umstellung der Kräfte in der internationalen
Arbeiterbewegung werden.

Eine Ermächtigung der Rohnfeuerabgabe wurde auf sozialdemo-
kratischen Antrag hin im Reichstag beschloffen. Eine Ermächti-
gung der Lohnsteuer ist absolut ungenügend. Sie muß abgelehnt
werden. Alle dahingehenden kommunistischen Anträge sind von der
Sozialdemokratie übergeleitet worden.

Keine Arbeiter-Regierung, sondern Große Koalition

an den Polizeidirektor Reinert, also, zum Ausdruck zu bringen,
daß sie sich an die Bestimmungen der Geschäftsord-
nung halten wollen!

Wir sollen uns einer Geschäftsordnung unterwerfen, die fort-
während in parteilicher Weise nur gegen Kommunisten angewendet
und fortwährend geändert werden! Wir würden eine Geschäftsordnung
damit anerkennen, die mit der Verfassung wie mit den Straf-
gesetzen in förmlichem Widerspruch steht! Wir würden zugleich
den Hinweis auf den Gesellen Kay als berechtigt anerkennen, ob-
gleich Geselle Kay nur in Verbindung auf zahllose schwerleidi-
gende Angehörige der SPD-Fraktion einen unparteilichsten
Ausdruck gebracht, und obwohl nach dem einmütigen Beschlus
der gewicht nicht mit den Kommunisten inappathierenden bür-
gerlichen Presse das Volkswort der SPD, einem voran-
gegangenen Fraktionsbeschlus folgend, eine wüste Schlägerei vom
Jahre 1922. Beim Etat der Domänenverwaltung wandte sich
Geselle Schütz-Neufeld gegen die Politik der SPD. Er
führte an:

Wir müßten durch einen solchen Schritt anerkennen, daß die
von Beigener gegen die Verfassung und Geschäftsordnung und der
bauern Ueberwindung der „Kampfbereiter“ betrauten Ehren-
männer der Abteilung la sich rechtmäßig im Landtagsgebäude auf-
halten. Wir würden zugeben, daß die Empörung und der flam-
mende Protest unserer Fraktion über den Ausschluß des Gesellen
Kay und über die von Reichert inszenierte Polizeimacht zu Recht
mit dem von ausgeschalteten Kriminalisten unterstützten Dinars-
wurf der ganzen SPD-Fraktion beantwortet wurde.
Was für erbärmliche Mächte müßten unsere Gewissen sein, wenn
sie sich auf ein solches Ansehen einlassen wollten!

Die sozialdemokratischen „Schimpfwörter“

Der „Reinheits“ bringt täglich einen Katalog von Schimpf-
wörtern, mit denen die Kommunisten angeblich seine Parteifreunde
im Preussischen Landtag bedacht haben. Doch aber in Wirklichkeit
die sozialdemokratischen Abgeordneten in schamloser Weise die
Kommunisten seit langem beschimpft haben, beweist z. B. ein Auszug
aus dem amtlichen Stenogramm der Landtagsitzung vom
18. Oktober 1922. Beim Etat der Domänenverwaltung wandte sich
Geselle Schütz-Neufeld gegen die Politik der SPD. Er
führte an:

„Ihre Partei hat nie den ersten Willen gehabt, weder ge-
eignet“, noch in Ihrem Sinne „angeeignet“ Industrieerzie in
die Sozialwirtschaft überzuführen. Und Sie haben nicht den
ersten Willen — das bezieht sich Ihrer Fraktion und Ihrer
Regierungsleute — geeignete oder ungeeignete Domänen in
Selbstbewirtschaftung zu nehmen. (Sehr wahr! ist den Kom.)
Sie sind es, die es den Domänenpräsidenten so überhaupt erst er-
möglichen, diese schamlose Ausbeutung der sozialdemokratischen
Arbeiter von der SPD. Es hat sich ein namhafter (Winkel)
herr Gebrüder, wie soll man sich mit Ihnen in einen Streit
einlassen. Sehen Sie, Herr Gebrüder, wenn ich mich mit Ihnen in
eine Streiterei einlasse (Abgeordneter Gebrüder: Dann kriegen
Sie eine aus Maul! — Heiterkeit). Ich weiß, daß Sie sehr
schlagfertig sind, aber Sie müssen sich vorsetzen. Sie wissen, daß
eine Schimpfwort unter Umständen viel wert sein kann.“

Gegen politische Ausführungen und Auseinandersetzungen der
kommunistischen Schimpfwörter der SPD- Abgeordneten. Die
Schlagwort-Methode der Reimann und Reinert ist durch des
amtliche Stenogramm entlarvt.

Die „angehlichen“ Abgeordneten

Im Reichstag hat die kommunistische Fraktion folgende Anfrage
eingebraucht:

„In der Sitzung des Preussischen Landtages vom 8. April ge-
braucht der Präsident Reinert wiederholt den Ausdruck, daß sich
auf der Tribüne des Hauses „angehliche“ Abgeordnete befinden.
Auf der Tribüne des Hauses befinden sich die Abgeordneten
Richter (SPD), Seidel (SPD), Fries (SPD), Wegmann
(SPD). Diese vier Abgeordneten müßten sich auf Anordnung
des Präsidenten je viermal legitimieren. Es täten das unter
Vorgehung ihres vom Reichsmittler des Innern, gez. Reich, aus-
gestellten Abgeordnetenausweises. Trotzdem bezweifle ich
den Präsidenten Reinert die Abgeordneteneigenschaft der betreffenden
Abgeordneten.“

Wir fragen die Reichsregierung, ob der vom ehemaligen
Reichsmittler Reichert ausgelegte Ausweis der Reichstags-
abgeordneten zur Legitimation ausreicht?

Wenn nicht, erlauben wir das Ministerium, entsprechende Aus-
weise den Abgeordneten zur Verfügung zu stellen!

„Ist die Reichsregierung der Auffassung, daß, wenn ein Prä-
sident eines deutschen Parlaments diesen vom Reichsmittler
ausgegebenen Ausweis nicht als ausreichend erachtet, obson-
dern ein Polizeibeamter diesen Ausweis als genügt anerkennen
wird.“

„Ist die Reichsregierung bereit, dem Präsidenten des Preussischen
Landtages Reinert durch Vorlegung eines Originalausweises der
Reichstagsabgeordneten über die Legitimation der Mitglieder
des Reichstages zu informieren?“

